

## **Einvernehmensprotokoll**

## **Protocollo d'intesa**

**Gemeinsam vereinbarte und geplante Tätigkeiten zur Verwirklichung der Schulpflicht sowie des Rechts auf Bildung und die Bildungspflicht**

**Azioni condivise e programmate volte al sostegno della realizzazione dell'obbligo scolastico e del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione**

**Procura della Repubblica  
Presso il Tribunale per i Minorenni  
Bolzano**



**Staatsanwaltschaft  
beim Jugendgericht  
Bozen**

AUTONOME PROVINZ BOZEN - SÜDTIROL



PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO - ALTO ADIGE

PROVINCIA AUTONOMA DE BULSAN - SÜDTIROL



**Südtiroler  
Gemeindenverband  
Genossenschaft**

**Consorzio dei Comuni  
della Provincia di Bolzano  
Società Cooperativa**

**POLIZIA DI STATO  
Questura di Bolzano**



**STAATSPOLIZEI  
Quästur Bozen**

**LEGIONE CARABINIERI  
"Trentino Alto Adige"  
Comando Provinciale Bolzano**



**CARABINIERI – REGION  
"Trentino Südtirol"  
Landeskommando Bozen**

# **EINVERNEHMENS PROTOKOLL<sup>1</sup>**

**Die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen**

**Das Ressort Familie, Senioren, Soziales und Wohnbau der Autonomen Provinz Bozen**

**Der Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft**

**Die deutsche Bildungsdirektion der Autonomen Provinz Bozen**

**Die italienische Bildungsdirektion der Autonomen Provinz Bozen**

**Die ladinische Bildungs- und Kulturdirektion der Autonomen Provinz Bozen**

**Die Quästur Bozen**

**Das Provinzkommando der Carabinieri Bozen**

**ziehen die geltenden gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien betreffend die Schulpflicht sowie das Recht auf Bildung und die Bildungspflicht in Erwägung, insbesondere:**

- das Landesgesetz Nr. 12/2000 „Autonomie der Schulen“, in geltender Fassung, mit welchem den Schulen Rechtspersönlichkeit zugesprochen wird und somit Autonomie in den Bereichen Didaktik, Organisation, Forschung, Schulentwicklung, Schulversuche, Verwaltung und Finanzen,
- das Landesgesetz Nr. 5/2008 „Allgemeine Bildungsziele und Ordnung von Kindergarten und Unterstufe“, in geltender Fassung, insbesondere Art. 1 Absatz 4, laut welchem das Bildungssystem des Landes allen das Bildungsrecht ab dem Kindergarten sowie die Erfüllung der Pflicht einer Schul- und Berufsbildung für mindestens zwölf Jahre oder jedenfalls bis zur Erlangung einer mindestens dreijährigen beruflichen Qualifikation innerhalb des achtzehnten Lebensjahres gewährleistet und Art. 1 Absatz 6-ter und Absatz 6-ter.1., welche die Voraussetzungen für die Mitteilung der Erfüllung der Schul- und Bildungspflicht in Form von Elternunterricht regeln und der Schulführungskraft die Aufgabe übertragen, im Laufe des Schuljahres zu überprüfen und zu bewerten, ob die Ausübung des Bildungsrechts erfüllt wird,
- das Landesgesetzes Nr. 11/2010 „Die Oberstufe des Bildungssystems des Landes Südtirol“, in geltender Fassung, insbesondere Art. 7 Absatz 1/bis, laut welchem zur Vermeidung von Schulabbrüchen die Schulführungskraft in Absprache mit dem Klassenrat geeignete Bildungswege, Initiativen und Orientierungsmaßnahmen ermitteln kann, die auch stufenübergreifend und außerschulisch erfolgen können,
- den Beschluss der Landesregierung Nr. 1083/2021 „Einschreibung in die Grund-, Mittel- und Oberschulen sowie in die Schulen der Berufsbildung“,
- den Art. 3 Absatz 2 des Staatsgesetzes Nr. 328/2000 „Legge quadro per la realizzazione del sistema integrato di interventi e servizi sociali - Rahmengesetz zur die Verwirklichung des integrierten Systems der Sozialmaßnahmen und -dienste“, in geltender Fassung, laut welchem die Planung der Maßnahmen und Ressourcen des integrierten Systems der Sozialmaßnahmen und -

---

<sup>1</sup> Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden der deutsche und der italienische Text nicht nebeneinander angezeigt, sondern nacheinander gereiht, wobei deren Gleichwertigkeit erhalten bleibt. Darüber hinaus, immer aus Gründen der Lesbarkeit, beinhaltet jeder Bezug in diesem Text auf Personen oder ihre Funktionen (Schulführungskraft, Koordinator, Minderjähriger, Schüler, Student) sowohl die weibliche als auch die männliche Form.

dienste mittels Koordinierung und Integration mit den Bildungsmaßnahmen und einer aktiven Politik in Bezug auf Ausbildung und Eintritt in die Arbeitswelt erfolgt,

- den Art. 1 Absatz 4 des Landesgesetzes Nr. 13/1991 “Neuordnung der Sozialdienste in der Provinz Bozen”, in geltender Fassung, laut welchem die Maßnahmen der Sozialdienste darauf abzielen, den Betreuten in der Familie, in der Gemeinschaft, in der Schule und am Arbeitsplatz Halt zu geben, beziehungsweise sie in das jeweilige soziale Umfeld einzugliedern oder wieder-einzugliedern, wobei sie sich mit den Diensten in den Bereichen Erziehung, Ausbildung, Schule, Gericht und Gesundheit ergänzen,
- den Art. 731 des Strafgesetzbuches, laut welchem jeder, der die Gewalt über einen Minder-jährigen ausübt oder mit dessen Aufsicht betraut ist und es ohne berechtigten Grund unterlässt, dem Minderjährigen den Grundschulunterricht zu erteilen oder erteilen zu lassen, bestraft wird,

### **haben Einsicht genommen in**

die Einvernehmensprotokolle zur Vorbeugung des Schulabbruchs abgeschlossen am 23.01.2012 ausschließlich für das Einzugsgebiet der Stadt Bozen und am 20.11.2012 für das restliche Einzugs-gebiet der Autonomen Provinz Bozen und

### **erachten es als angebracht**

die Verfahren für das gesamte Landesgebiet zu vereinheitlichen und gleichzeitig, auch in Hinblick auf neu aufgetretene Problemlagen, zu aktualisieren.

### **Vorausgeschickt, dass**

die obgenannten Institutionen und Körperschaften – jede für den eigenen Zuständigkeitsbereich – sich bemühen, die folgenden gemeinsam vereinbarten und geplanten Tätigkeiten zu fördern, um das schulische Wohlbefinden zu unterstützen:

- die Ausarbeitung von individuell ausgerichteten oder integrierten Schulangeboten, um den Abschluss der Unterstufe zu erlangen,
- die Ausarbeitung von individuellen Schulangeboten, die eine Reduzierung der wöchentlichen Stundenanzahl vorsehen können,
- die individuelle Unterstützung für einzelne Projekte zur Wiedererlangung der schulischen Grundkompetenzen,
- die Organisation von Nachmittagstätigkeiten zur Verbesserung der schulischen Leistungen,
- die Sensibilisierung der Familien durch gezielte Maßnahmen,
- jede weitere Tätigkeit, die für eine Verbesserung des schulischen Wohlbefindens nützlich ist.

Die obgenannten Institutionen und Körperschaften sind der Ansicht, dass zusätzlich zu diesen Initiativen, gemeinsam vereinbarte und wirksame Maßnahmen zur Vorbeugung und Eindämmung des Phänomens der Verletzung der Schulpflicht sowie des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht von Minderjährigen vorgesehen werden müssen, und zwar sei es betreffend die Schulpflicht als auch das Recht auf Bildung und die Bildungspflicht (von über 16-jährigen Minderjährigen).

**Die Parteien einigen sich daher auf die folgenden Verfahren und sorgen direkt<sup>2</sup> oder durch die jeweils zuständigen Institutionen, Körperschaften und Dienste<sup>3</sup> (fortan als *jeweils zuständige***

<sup>2</sup> die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht und die Ordnungskräfte

<sup>3</sup> die Schulen, die Gemeinden mit den jeweils zuständigen Ämtern, die Bezirksgemeinschaften und der Betrieb für Sozialdienste Bozen mit den Sozialsprengeln

**Akteure bezeichnet) für deren Anwendung, wobei das vorliegende Einvernehmensprotokoll in jeder Hinsicht die vorhergehenden Protokolle, abgeschlossen am 23.01.2012 ausschließlich für die Stadt Bozen und am 20.11.2012 für das restliche Einzugsgebiet der Provinz, ersetzt.**

#### **Art. 1 - ZIELSETZUNG**

Um die Zusammenarbeit zu verbessern und die Ressourcen zur Vorbeugung und Eindämmung des Phänomens der Verletzung der Schulpflicht sowie des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht zu optimieren, sorgen die obgenannten Institutionen und Körperschaften direkt oder durch die jeweils zuständigen Akteure dafür, in den folgenden Fällen laut den in Art. 2 des vorliegenden Protokolls angeführten Verfahren vorzugehen:

- a. Minderjährige, die nicht in die Schule eingeschrieben sind, obwohl sie der Schulpflicht oder dem Recht auf Bildung und der Bildungspflicht unterliegen**
- b. Nichterfüllung des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht durch Minderjährige, die zum Elternunterricht zugelassen sind**
- c. Minderjährige, die den Unterricht für längere Zeit nicht oder unregelmäßig besuchen**

#### **Art. 2 - VERFAHREN**

In Bezug auf die eben angeführten Möglichkeiten, werden folgenden Verfahren vereinbart:

- a. Minderjährige, die nicht in die Schule eingeschrieben sind, obwohl sie der Schulpflicht oder dem Recht auf Bildung und der Bildungspflicht unterliegen**

**Möglichkeit 1:** Minderjährige, die nicht in die Schule eingeschrieben sind, obwohl sie der Schulpflicht unterliegen

Erste Phase (Schule):

Nach Fälligkeit des Einschreibetermins der schulpflichtigen Kinder in die Grundschule, streicht die Schulführungskraft all jene Namen von der Liste der schulpflichtigen Minderjährigen, welche ihr von der zuständigen Gemeinde übermittelt wird, die bereits in ihrem Schulsprengel eingeschrieben sind sowie jene, die das Recht auf Bildung und die Bildungspflicht mittels Elternunterricht erfüllen. Sie kontaktiert unverzüglich zuerst telefonisch und, sollte dieser Versuch der Kontaktaufnahme erfolglos bleiben, mittels Einschreiben, die Familien jener Kinder, die nicht in die Schule eingeschrieben sind und auch keinen Elternunterricht beanspruchen, aber der Schulpflicht unterliegen. Sollte die Schulführungskraft innerhalb von 30 Tagen ab der Fälligkeit des Einschreibetermins keine Antwort von der Familie erhalten, teilt sie die fehlende Einschreibung des Kindes dem zuständigen Gemeindeamt mit (vgl. Anlage 1).

Zweite Phase (Gemeinde):

Die Gemeinde überprüft mittels Gemeindepolizei oder, falls diese nicht vorhanden ist, mittels der im Einzugsgebiet vorhandenen Ordnungskräfte, die meldeamtlichen Daten der von der Schulführungskraft gemeldeten Familien.

Nach Abschluss der Überprüfung übermittelt die Gemeinde der Schulführungskraft das Ergebnis der Ermittlungen und meldet der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht zudem umgehend die im Einzugsgebiet vorhandenen Familien, die der Schulpflicht nicht nachkommen.

Dritte Phase (Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht / Sozialdienst):

Die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht sorgt für die notwendigen Ermittlungen, indem sie von Fall zu Fall über das zu befolgende Verfahren entscheidet, zum Beispiel und somit nicht ausdrücklich, mittels Vorladung und Anhörung der Eltern und des Minderjährigen durch die Gerichtspolizei der Staatsanwaltschaft, mittels weiterer Ermittlungen durch die lokalen Ordnungskräfte oder mittels Anfrage auf Zusammenarbeit/eine Abklärung an den zuständigen Sozialsprengel.

Im Falle von Familien, die der Sozialdienst bereits begleitet, wird sich die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht jedenfalls trotzdem mit dem jeweiligen Sozialsprengel austauschen.

**Möglichkeit 2:** Über 16-jährige Minderjährige, die dem Recht auf Bildung und der Bildungspflicht unterliegen - Abbruch der Schule oder der Ausbildung

Erste Phase (Schule):

*deutschsprachige und ladinischsprachige Schulen*

Es findet ein Gespräch des Schülers mit der Schulführungskraft und dem Zentrum für Information und Beratung (ZIB) der Schule statt. Der Schüler wird aufgefordert, einen Termin in einer Berufsberatungsstelle zu vereinbaren und diesen wahrzunehmen. Es wird ein individuelles Projekt/Praktikum mit Orientierungscharakter erarbeitet, welches unter anderem die Möglichkeit vorsieht, dass der Jugendliche den Schulbesuch mit einem Orientierungspraktikum in einem Betrieb oder einer Institution verknüpft.

Sollten diese Maßnahmen aufgrund mangelnder Zusammenarbeit des Jugendlichen nicht umgesetzt werden können, übermittelt die Schulführungskraft der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht eine Meldung zum Abbruch der Schule oder der Ausbildung (vgl. Anlage 2).

*italienischsprachige Schulen*

Es findet ein Gespräch des Schülers mit der Schulführungskraft und den von der Schulverwaltung ernannten Beauftragten für den schulischen Erfolg in der Schule statt. Die Schulführungskraft übermittelt, nach vorhergehender Vereinbarung, eine Mitteilung an die Koordinierungsstelle Berufliche Weiterbildung und Orientierung, die bei der Landesdirektion italienischsprachige Berufsbildung angesiedelt ist, und es wird ein individuelles Projekt/Orientierungspraktikum ausgearbeitet und eine Bildungsvereinbarung unterzeichnet.

Falls die Bildungsvereinbarung vom Jugendlichen nicht eingehalten wird, übermittelt die Schulführungskraft der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht eine Meldung zum Abbruch der Schule oder der Ausbildung (vgl. Anlage 2).

Zweite Phase (Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht / Sozialdienst):

Die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht sorgt für die notwendigen Ermittlungen, indem sie von Fall zu Fall über das zu befolgende Verfahren entscheidet, zum Beispiel und somit nicht ausdrücklich, mittels Vorladung und Anhörung der Eltern und des Minderjährigen durch die Gerichtspolizei der Staatsanwaltschaft oder mittels Anfrage auf Zusammenarbeit/eine Abklärung an den zuständigen Sozialsprengel.

Im Falle von Familien, die der Sozialdienst bereits begleitet, wird sich die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht jedenfalls trotzdem mit dem jeweiligen Sozialsprengel austauschen.

#### **b. Nichterfüllung des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht von Minderjährigen, die zum Elternunterricht zugelassen sind**

Erste Phase (Schule):

Nach Erhalt der Mitteilung zum Elternunterricht überprüft die Schulführungskraft die Voraussetzungen für die Befreiung vom Schulbesuch<sup>4</sup> und übermittelt der Staatsanwaltschaft beim Jugendge-

<sup>4</sup> Siehe insbesondere die Voraussetzungen laut Art. 1 Absatz 6-ter des Landesgesetzes Nr. 5/2008, in geltender Fassung: die Erziehungsverantwortlichen müssen jährlich, innerhalb der für die Schuleinschreibung vorgesehenen Fristen, der Schulführungskraft der gebietsmäßig zuständigen Schule staatlicher Art eine Mitteilung mittels Ersatzerklärung einer beeideten Bezeugungsurkunde

richt, sofern die gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, eine Mitteilung (vgl. Anlage 3).

Die Schulführungskraft sorgt zudem für eine unverzügliche Meldung an die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht, sollte sich im Laufe des Elternunterrichts – aufgrund von Überprüfungen oder unmittelbaren Beobachtungen des Elternunterrichts – ein begründeter Verdacht ergeben, dass die Ausübung des Bildungsrechts, auch in Hinblick auf die sozioemotionale Kompetenz des Minderjährigen, gefährdet ist<sup>5</sup> (vgl. Anlage 3).

Eine solche Meldung an die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht erfolgt auch im Falle, dass der Minderjährige, der zum Elternunterricht zugelassen ist, nicht für die Eignungsprüfung für den Aufstieg in die nächste Klasse eingeschrieben wird oder, obwohl eingeschrieben, nicht daran teilnimmt (vgl. Anlage 3).

**Zweite Phase (Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht / Sozialdienst):**

Die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht sorgt für die notwendigen Ermittlungen, indem sie von Fall zu Fall über das zu befolgende Verfahren entscheidet, zum Beispiel und somit nicht ausdrücklich, mittels Vorladung und Anhörung der Eltern und des Minderjährigen durch die Gerichtspolizei der Staatsanwaltschaft, mittels Anfrage auf Zusammenarbeit/eine Abklärung an den zuständigen Sozialsprengel oder mittels Anfrage weiterer Informationen seitens der Schulführungskraft.

Im Falle von Familien, die der Sozialdienst bereits begleitet, wird sich die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht jedenfalls trotzdem mit dem jeweiligen Sozialsprengel austauschen.

### **c. Minderjährige, die den Unterricht für längere Zeit nicht oder unregelmäßig besuchen**

**Erste Phase (Schule):**

Die Schulführungskraft beauftragt den Klassenvorstand, die Anwesenheit der Schüler regelmäßig zu überprüfen und auffällige Abwesenheiten umgehend mitzuteilen.

Infolge der Meldung einer längeren Abwesenheit oder eines unregelmäßigen Schulbesuchs, nimmt die Schulführungskraft oder der Koordinator der Klasse mit der Familie des fehlenden Schülers Kontakte auf, um die Gründe für die Abwesenheit oder des unregelmäßigen Besuchs in Erfahrung zu bringen und um eventuelle mögliche Lösungen zu erarbeiten.

Sollten dies zu keinem Ergebnis führen (z.B. bei Unmöglichkeit der Kontaktaufnahme mit der Familie, bei fehlender Zusammenarbeit der Eltern), übermittelt die Schulführungskraft der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht und, zur Kenntnis, dem zuständigen Sozialsprengel eine Meldung (vgl. Anlage 4).

Die Meldung beinhaltet die meldeamtlichen Daten des Minderjährigen, die besuchte Klasse, die Anzahl der Abwesenheiten im Verhältnis zu den obligatorischen Anwesenheitstagen, die Namen der Eltern oder der Erziehungsberechtigten, ihre Adresse, ev. Telefonnummern, die der Schule mitgeteilt wurden, sowie alle weiteren Informationen, die für den konkreten Fall nützlich sein könnten. Es ist wichtig, dass die in der Meldung mitgeteilten meldeamtlichen Daten und die Telefonnummern vollständig und korrekt sind, um die Intervention der Gerichtsbehörde zu erleichtern und zu beschleunigen.

**Zweite Phase (Sozialdienst / Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht):**

In den Fällen, die der Sozialdienst bereits begleitet, kontaktiert dieser die Familie und informiert die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht über die getroffenen Maßnahmen und über einen eventuel-

---

zukommen lassen und nachweisen, dass ein verpflichtendes Beratungsgespräch an der Schule, bei einer Fachperson der jeweils zuständigen Bildungsdirektion oder bei der Kinder- und Jugendanwaltschaft durchgeführt wurde sowie erklären, welche Personen den Elternunterricht erteilen und über welche Qualifikationen sie verfügen und auf welche Art und Weise sie das Erreichen der in den Rahmenrichtlinien des Landes bzw. Lehrplänen festgelegten Bildungsziele sicherstellen, indem sie ein Programm vorlegen und im Detail darlegen, wie der Unterricht geplant und durchgeführt wird.

<sup>5</sup> Siehe insbesondere Art. 1 Absatz 6-ter.1. des Landesgesetzes Nr. 5/2008, laut welchem die Schulführungskraft bereits nach dem ersten Bewertungsabschnitt jene Schritte in die Wege leiten, die laut den geltenden Bestimmungen bei einer Verletzung der Schul- und Bildungspflicht vorgesehen sind.

len negativen Ausgang der durchgeführten Tätigkeiten.

In den Fällen, die dem Sozialdienst nicht bekannt sind, entscheidet die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht über die Ermittlungen, die es einzuleiten gilt, zum Beispiel, ob sie eine erste Überprüfung mittels Vorladung und Anhörung der Eltern und des Minderjährigen durch die Gerichtspolizei der Staatsanwaltschaft durchführt oder weitere Ermittlungen durch die lokalen Ordnungskräfte fördert oder eine Zusammenarbeit/Abklärung an den zuständigen Sozialsprengel beantragt.

### **Art. 3 - ÜBERPRÜFUNG DER ERGEBNISSE DER ERGRIFFENEN MASSNAHMEN**

Die Schulführungskraft wird von den involvierten Akteuren (Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht, zuständiges Gemeindeamt, Sozialsprengel) über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen auf dem Laufenden gehalten. Ganz konkret teilt die Leitung des zuständigen Sozialsprengels der Schulführungskraft den Namen der Ansprechperson mit, die mit der Abklärung und Begleitung der Situation beauftragt wurde (vgl. Anlage 5). Auch die Schulführungskraft übermittelt ihrerseits den obgenannten Akteuren eine umgehende Rückmeldung zu den Ergebnissen der umgesetzten Maßnahmen.

Gestaltung der Rückmeldung in Bezug auf die Fälle laut Art. 2:

**a. Möglichkeit 1:** Im Falle von schulpflichtigen Minderjährigen, die nicht in die Schule eingeschrieben wurden und deren Einschreibung in Verspätung erfolgt, verständigt die Schulführungskraft das zuständige Gemeindeamt und die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht unverzüglich, sofern diese bereits involviert ist (vgl. Anlage 6). Die Schulführungskraft übermittelt zudem innerhalb Ende September an das zuständige Gemeindeamt und der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht eine Namensliste der zu diesem Zeitpunkt noch nicht eingeschriebenen Minderjährigen.

**Möglichkeit 2:** Im Falle von über 16-jährigen Minderjährigen, die dem Recht auf Bildung und der Bildungspflicht unterliegen und bereits aufgrund eines Abbruchs der Schule oder der Ausbildung gemeldet wurden, informiert die Schulführungskraft die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht über die eventuell in Verspätung erfolgte Einschreibung oder die Wiederaufnahme des Schulbesuchs oder der Ausbildung bzw. über einen eventuellen Wechsel der Schule oder Ausbildung.

**b.** Im Falle der Nichterfüllung des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht der zum Elternunterricht zugelassenen Minderjährigen, verständigt die Schulführungskraft die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht über jede weitere Überprüfung oder Entwicklung.

**c.** Im Falle längerer Abwesenheiten vom Unterricht oder des unregelmäßigen Schulbesuchs, verständigt die Schulführungskraft die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht und, zur Kenntnis, den zuständigen Sozialsprengel, über die eventuelle Wiederaufnahme des Schulbesuchs durch den Minderjährigen und führt an, ob dieser regelmäßig oder unregelmäßig erfolgt, oder bescheinigt die fehlende Wiederaufnahme oder den Schulabbruch (vgl. Anlage 6).

### **Art. 4 – GÜLTIGKEIT UND DAUER**

Das vorliegende Einvernehmensprotokoll bleibt bis zu einem eventuellen Widerruf gültig.

Die unterzeichnenden Parteien sorgen direkt oder durch die jeweils zuständigen Akteure für die Einhaltung der darin getroffenen Vereinbarungen.

Eventuelle Abänderungsvorschläge müssen von allen unterzeichnenden Institutionen und Körperschaften bewertet und geteilt werden. Eine entsprechende Abänderung des Protokolls kann nur nach Einberufung aller Unterzeichner erfolgen.

Jedenfalls werden ein kontinuierlicher Austausch und eine regelmäßige Überprüfung der Verfahren und Vorgehensweise zwischen den Institutionen, Körperschaften und Diensten in den jeweiligen

Einzugsgebieten im Zeichen der Stärkung der Zusammenarbeit und der Vernetzung als sinnvoll erachtet.

## **Art. 5 – DATENVERARBEITUNG**

In der Anwendung des vorliegenden Protokolls wird die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (EU-Verordnung 2016/679 und Gv.D. Nr. 196/2003) in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten garantiert.

### **ANLAGEN:**

1. Vordruck für die Meldung der fehlenden Einschreibung schulpflichtiger Minderjähriger
2. Vordruck für die Meldung des Abbruchs der Schule oder Ausbildung über 16-jähriger Minderjähriger, die dem Recht auf Bildung und der Bildungspflicht unterliegen
3. Vordruck für die Meldung der Nichterfüllung des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht im Falle von Elternunterricht
4. Vordruck für die Meldung eines unregelmäßigen Schulbesuchs oder einer längeren Abwesenheit
5. Vordruck Mitteilung Sozialdienst an die Schule
6. Vordruck für das Schreiben zur Überprüfung der Ergebnisse der ergriffenen Maßnahmen

## **PROTOCOLLO D'INTESA<sup>6</sup>**

**La Procura della Repubblica presso il Tribunale per i Minorenni di Bolzano**

**Il Dipartimento Famiglia, Anziani, Sociale ed Edilizia abitativa della Provincia Autonoma di Bolzano**

**Il Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano Società Cooperativa**

**La Direzione Istruzione e Formazione tedesca della Provincia Autonoma di Bolzano**

**La Direzione Istruzione e Formazione Italiana della Provincia Autonoma di Bolzano**

**La Direzione Istruzione, Formazione e Cultura ladina della Provincia Autonoma di Bolzano**

**La Questura di Bolzano**

**Il Comando Provinciale dell'Arma dei Carabinieri di Bolzano**

**valutano la seguente normativa e regolamentazione in materia dell'obbligo scolastico e del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione, ed in particolare:**

- la legge provinciale n. 12/2000 “Autonomia delle scuole”, e successive modifiche, ai sensi della quale alle istituzioni scolastiche è attribuita la personalità giuridica e quindi autonomia didattica, organizzativa, di ricerca, sviluppo e sperimentazione, nonché amministrativa e finanziaria;
- la legge provinciale n. 5/2008 “Obiettivi formativi generali ed ordinamento della scuola dell'infanzia e del primo ciclo di istruzione”, e successive modifiche, in particolare l'art. 1, comma 4, ai sensi del quale viene assicurato a tutti il diritto all'istruzione e alla formazione, a partire dalla scuola d'infanzia, e l'esercizio del relativo dovere per almeno dodici anni o comunque fino al conseguimento di una qualifica di durata almeno triennale entro il diciottesimo anno di età, nonché l'art. 1, comma 6-ter e comma 6-ter.1., ai sensi del quale vengono disciplinati i requisiti della comunicazione di assolvimento dell'obbligo all'istruzione e formazione nella modalità dell'istruzione parentale, e attribuisce al dirigente scolastico compiti di verifica e valutazione durante l'anno scolastico in ordine alla effettività dell'esercizio del diritto all'istruzione e alla formazione da parte del minore;
- la legge provinciale n. 11/2010 “Secondo ciclo di istruzione e formazione della Provincia autonoma di Bolzano”, e successive modifiche, in particolare l'art. 7, comma 1/bis, ai sensi del quale al fine di prevenire la dispersione scolastica, il dirigente scolastico, in accordo con il consiglio di classe, può individuare idonei percorsi formativi, iniziative ed azioni di orientamento, che possono aver luogo sia trasversalmente ai gradi di scuola che a livello extrascolastico;
- la deliberazione della Giunta provinciale n. 1083/2021 “Iscrizione alla scuola primaria, alle scuole secondarie di primo e secondo grado e alle scuole professionali”;
- l'art. 3, comma 2, legge statale n. 328/2000 “Legge Quadro per la realizzazione del sistema integrato di interventi e servizi sociali”, e successive modifiche, ai sensi del quale la programmazione degli interventi e delle risorse del sistema integrato di interventi e servizi sociali avviene

---

<sup>6</sup> Per facilitare la lettura, il testo tedesco e quello italiano non vengono affiancati, ma vengono disposti consecutivamente, mantenendo la loro equivalenza. Inoltre, sempre per agevolare la lettura, ogni riferimento nel presente testo a persone o alle loro funzioni (dirigente, coordinatore, minorenni, alunno, studente), comprende indistintamente entrambi i generi.

attraverso il coordinamento e l'integrazione con gli interventi dell'istruzione e delle politiche attive di formazione e di avviamento al lavoro;

- l'art.1, comma 4, legge provinciale n. 13/1991 "Riordino dei servizi sociali in Provincia di Bolzano", e successive modifiche, ai sensi del quale gli interventi dei servizi sociali sono mirati al mantenimento, all'inserimento e al reinserimento degli utenti nella vita familiare, sociale e scolastica e lavorativa, integrandosi con quelli dei servizi educativi, formativi, scolastici, giudiziari e sanitari;
- l'art. 731 codice penale, ai sensi del quale viene punito chiunque, rivestito di autorità o incaricato della vigilanza sopra un minore, omette, senza giusto motivo, di impartirgli o di fargli impartire l'istruzione elementare;

#### **visti**

i protocolli d'intesa in materia di prevenzione dell'abbandono scolastico stipulati rispettivamente il 23/01/2012 per il territorio della sola città di Bolzano e il 20/11/2012 per il restante territorio provinciale e

#### **ritenuto opportuno**

unificare le procedure per tutto il territorio provinciale, provvedendo al contempo ad un aggiornamento, anche alla luce di nuove problematiche emerse.

#### **Premesso che:**

le istituzioni e gli enti sopra citati si impegnano, ognuno per quanto di propria competenza, a promuovere le seguenti azioni condivise e programmate, volte al sostegno del benessere scolastico:

- progettazione di percorsi scolastici individualizzati o integrati per il conseguimento dell'esame conclusivo del primo e del secondo ciclo di istruzione;
- progettazione di percorsi scolastici individualizzati che possono prevedere una riduzione dell'orario scolastico settimanale;
- affiancamento individualizzato per singoli progetti scolastici finalizzati al recupero delle competenze di base;
- organizzazione di attività pomeridiane volte a migliorare il rendimento scolastico;
- sensibilizzazione delle famiglie attraverso interventi mirati;
- ogni altra attività utile ad un generale incremento del benessere scolastico.

Le istituzioni e gli enti sopra citati ritengono che, oltre a tali iniziative, occorra prevedere misure condivise ed efficaci volte a prevenire e contrastare il fenomeno della violazione dell'obbligo scolastico e del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione da parte di persone minorenni, quindi, sia con riferimento all'obbligo scolastico che al diritto/dovere all'istruzione o alla formazione (di minorenni ultra-sedicenni).

**Le parti, pertanto, convengono le seguenti procedure e provvedono alla loro applicazione direttamente<sup>7</sup> o tramite le istituzioni, gli enti e i servizi rispettivamente competenti<sup>8</sup> (d'ora in poi denominati *soggetti rispettivamente competenti*), specificando che il presente protocollo d'intesa sostituisce a tutti gli effetti i precedenti protocolli stipulati in data 23/01/2012 per la sola città**

<sup>7</sup> la Procura della Repubblica presso il Tribunale per i Minorenni e le forze dell'ordine

<sup>8</sup> le scuole, i comuni con i rispettivi uffici competenti, le comunità comprensoriali e l'Azienda Servizi sociali di Bolzano con i distretti sociali

**di Bolzano ed in data 20/11/2012 per il restante territorio provinciale.**

## **Art. 1 – FINALITÀ**

Al fine di migliorare i rapporti di collaborazione e di ottimizzare le risorse per prevenire e contenere il fenomeno della violazione dell'obbligo scolastico e del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione, le istituzioni e gli enti sopra citati provvederanno ad intervenire direttamente o tramite i soggetti rispettivamente competenti secondo le procedure indicate all'art. 2 del presente protocollo, nei casi di seguito elencati:

- a. minorenni non iscritti a scuola pur essendo in obbligo scolastico o in diritto/dovere all'istruzione e alla formazione**
- b. mancato assolvimento del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione per minorenni ammessi all'istruzione parentale**
- c. minorenni che non frequentano le lezioni per lunghi periodi o che le frequentano in maniera discontinua**

## **Art. 2 – PROCEDURE**

Si concordano, per le ipotesi sopra elencate, le seguenti procedure:

- a. minorenni non iscritti a scuola pur essendo in obbligo scolastico o in diritto/dovere all'istruzione e alla formazione**

**Ipotesi 1:** minorenni non iscritti a scuola pur essendo in obbligo scolastico

Prima fase (Scuola):

Alla scadenza del termine previsto per l'iscrizione dei minori in obbligo scolastico alla scuola primaria, il dirigente scolastico cancellerà dall'elenco dei minori in obbligo scolastico, inviatogli dal competente Comune, i nominativi dei minorenni iscritti nel suo istituto comprensivo, nonché i nominativi dei minorenni che assolvano il diritto/dovere all'istruzione tramite l'istruzione parentale, e contatterà immediatamente, prima telefonicamente e, in caso di mancata risposta, attraverso lettera raccomandata, le famiglie dei minorenni che, pur essendo in obbligo scolastico, non risultino iscritti in nessuna scuola, né usufruiscano di istruzione parentale.

Se entro trenta giorni dalla scadenza del termine dell'iscrizione il dirigente scolastico non otterrà alcuna risposta dalle famiglie, lo stesso provvederà a comunicare la mancata iscrizione del minore al competente Ufficio comunale (v. allegato 1).

Seconda fase (Comune):

Il Comune procederà tramite la Polizia Municipale o, in assenza di essa, attraverso le forze dell'ordine presenti sul territorio, alle verifiche anagrafiche delle famiglie segnalate dal dirigente scolastico.

All'esito delle verifiche, il Comune dovrà trasmettere al dirigente scolastico l'esito degli accertamenti, provvedendo altresì a segnalare sollecitamente alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni le famiglie presenti sul territorio, ma inadempienti in ordine all'obbligo scolastico.

Terza fase (Procura presso il Tribunale per i Minorenni / Servizio Sociale):

La Procura presso il Tribunale per i Minorenni provvederà agli opportuni accertamenti, valutando

caso per caso l'iter da seguire, procedendo, a titolo esemplificativo e non tassativo, alla convocazione ed audizione dei genitori e del minore da parte della polizia giudiziaria della Procura, ad ulteriori verifiche tramite le locali forze dell'ordine, oppure alla richiesta di collaborazione/indagine al competente Distretto Sociale.

Per i nuclei familiari già in carico al Servizio Sociale, la Procura presso il Tribunale per i Minorenni si confronterà comunque con il rispettivo Distretto Sociale.

**Ipotesi 2:** minorenni ultra-sedicenni in diritto/dovere all'istruzione e alla formazione - interruzione del percorso scolastico/formativo

Prima fase (Scuola):

*scuole in lingua tedesca e ladina*

Si tiene un colloquio tra studente, dirigente scolastico e il Centro per l'informazione e la consulenza (ZIB) della scuola. Lo studente viene esortato a concordare un appuntamento presso un Ufficio Orientamento scolastico e professionale e a non mancarlo. Viene elaborato un progetto individualizzato/tirocinio orientativo, che prevede tra le altre cose la possibilità, che lo studente colleghi la frequenza scolastica con un tirocinio orientativo in un'azienda o in un'istituzione.

Nel caso in cui questi interventi non trovassero applicazione a causa della mancata collaborazione dello studente, il dirigente scolastico invia alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni una segnalazione sull'interruzione del percorso scolastico/formativo (v. allegato 2).

*scuole in lingua italiana*

Si tiene un colloquio tra studente, dirigente scolastico e i soggetti incaricati dall'amministrazione scolastica per il successo formativo nella scuola. Il dirigente scolastico invia una comunicazione, previo accordi, al Centro di coordinamento Formazione continua sul lavoro e Orientamento professionale presso la Direzione provinciale Formazione professionale in lingua italiana e viene elaborato un progetto individualizzato/tirocinio orientativo e sottoscritto un patto formativo.

In caso di mancata osservanza del patto formativo da parte dello studente, il dirigente scolastico invia alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni una segnalazione sull'interruzione del percorso scolastico/formativo (v. allegato 2).

Seconda fase (Procura presso il Tribunale per i Minorenni / Servizio Sociale):

La Procura presso il Tribunale per i Minorenni provvederà agli opportuni accertamenti, valutando caso per caso l'iter da seguire, procedendo, a titolo esemplificativo e non tassativo, alla convocazione ed audizione dei genitori e del minore da parte della polizia giudiziaria della Procura oppure alla richiesta di collaborazione/indagine al competente Distretto Sociale.

Per i nuclei familiari già in carico al Servizio Sociale, la Procura presso il Tribunale per i Minorenni si confronterà comunque con il rispettivo Distretto Sociale.

**b. mancato assolvimento del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione per minorenni ammessi all'istruzione parentale**

Prima fase (Scuola):

Ricevuta la comunicazione di istruzione parentale, il dirigente scolastico procederà alla verifica dei presupposti per l'esonero dall'obbligo di frequenza<sup>9</sup> e, laddove non siano soddisfatte le condizioni

---

<sup>9</sup> v. in particolare i requisiti previsti dall'art. 1, comma 6-ter, legge provinciale n. 5/2008, e successive modifiche: gli esercenti la responsabilità genitoriale sono tenuti a presentare anno per anno, entro il termine previsto per le iscrizioni a scuola, al dirigente dell'istituzione scolastica a carattere statale una comunicazione tramite dichiarazione sostitutiva di atto di notorietà e dimostrare di aver effettuato un colloquio obbligatorio di consulenza o presso la scuola, o con un professionista della Direzione e Istruzione della Provincia rispettivamente competente, oppure presso il/la Garante per l'infanzia e per l'adolescenza, dichiarare quali persone impartiscono l'istruzione parentale e di quali qualifiche esse dispongono e dichiarare altresì in che modo essi intendano assicurare il rag-

previste dalla normativa, trasmetterà comunicazione alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni (v. allegato 3).

Il dirigente scolastico provvederà altresì all'immediata segnalazione alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni, qualora nel corso della fruizione dell'istruzione parentale emergessero – attraverso verifiche o eventuali osservazioni dirette delle lezioni parentali – ragionevoli dubbi sulla commissione dell'esercizio del diritto all'istruzione, anche con riferimento alle competenze socio-emotive del minore<sup>10</sup> (v. allegato 3).

Analoga segnalazione verrà inviata alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni anche nel caso in cui il minore, ammesso all'istruzione parentale, non venisse poi iscritto all'esame di idoneità per il passaggio alla classe successiva, oppure qualora, seppur iscritto, non si presentasse a rendere l'esame (v. allegato 3).

**Seconda fase (Procura presso il Tribunale per i Minorenni / Servizio Sociale):**

La Procura presso il Tribunale per i Minorenni provvederà agli opportuni accertamenti, valutando caso per caso l'iter da seguire procedendo, a titolo esemplificativo e non tassativo, alla convocazione ed audizione dei genitori e del minore da parte della polizia giudiziaria della Procura, alla richiesta di collaborazione/indagine al competente Distretto Sociale oppure alla richiesta di ulteriori informazioni al dirigente scolastico.

Per i nuclei familiari già in carico al Servizio Sociale, la Procura presso il Tribunale per i Minorenni si confronterà comunque con il rispettivo Distretto Sociale.

### **c. minorenni che non frequentano le lezioni per lunghi periodi o che le frequentano in maniera discontinua**

**Prima fase (Scuola):**

Il dirigente scolastico darà incarico ai coordinatori delle classi, di procedere a verifiche periodiche sulla frequenza degli alunni e di segnalare sollecitamente assenze rilevanti.

A seguito della segnalazione di un'assenza prolungata o di una irregolarità nella frequenza, il dirigente scolastico o il coordinatore della classe prenderà contatti con la famiglia dell'alunno assente per conoscere i motivi dell'assenza o della frequenza discontinua e per elaborare eventuali possibili soluzioni.

Nel caso in cui tali iniziative non producessero un esito positivo (ad es. impossibilità di contattare la famiglia, mancata collaborazione dei genitori), il dirigente scolastico trasmetterà una segnalazione alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni e, per conoscenza, al competente Distretto Sociale (v. allegato 4).

La segnalazione conterrà i dati anagrafici del minore, la classe frequentata, il numero di assenze effettuate rispetto ai giorni di frequenza obbligatori, i nominativi dei genitori o di chi ne esercita la responsabilità genitoriale ed il loro indirizzo, eventuali recapiti telefonici forniti alla scuola, nonché tutte le altre informazioni utili rispetto al caso concreto. Si sottolinea l'importanza della completezza e dell'esattezza dei dati anagrafici e dei recapiti telefonici da riportare nelle segnalazioni, essendo elementi indispensabili per agevolare, e quindi, per snellire l'intervento dell'Autorità Giudiziaria.

**Seconda fase (Servizio Sociale / Procura presso il Tribunale per i Minorenni):**

Per i casi già in carico al Distretto Sociale, sarà compito di quest'ultimo stabilire un contatto con la famiglia, informando delle proprie iniziative, e di un eventuale esito negativo delle attività svolte, la Procura presso il Tribunale per i Minorenni.

---

giungimento degli obiettivi formativi stabiliti, presentando un programma e dimostrando in modo dettagliato come vengono pianificate e svolte le lezioni.

<sup>10</sup> v. in particolare l'art. 1, comma 6-ter.l., legge provinciale n. 5/2008, e successive modifiche, che sottolinea che il dirigente scolastico già dopo il primo periodo di valutazione può avviare le misure previste dalle disposizioni vigenti in caso di violazione dell'obbligo di istruzione e formazione.

Per i casi non in carico al Distretto Sociale, la Procura presso il Tribunale per i Minorenni valuterà gli accertamenti istruttori utili da intraprendere. A titolo esemplificativo, in particolare, stabilirà se procedere ad una prima verifica tramite la convocazione e l'audizione dei genitori e del minore avvalendosi direttamente della Polizia Giudiziaria in sede, o promuovere ulteriori accertamenti attraverso le locali forze dell'ordine oppure richiedere la collaborazione/indagine al Distretto Sociale competente.

### **Art. 3 - VERIFICA SULL'ESITO DEGLI INTERVENTI INTRAPRESI**

Il dirigente scolastico sarà tenuto al corrente delle iniziative intraprese dai soggetti coinvolti (Procura presso il Tribunale per i Minorenni, Ufficio comunale competente, Distretto Sociale). Il Distretto sociale, in particolare, provvederà a informare il dirigente scolastico, comunicando il nominativo della persona di riferimento (v. allegato 5). Il dirigente scolastico, a propria volta, darà agli stessi soggetti un sollecito rimando sugli esiti degli interventi posti in essere.

In particolare, con riferimento ai casi ai sensi dell'art. 2:

- a. Ipotesi 1:** Per i minorenni non iscritti a scuola pur essendo in obbligo scolastico, il dirigente scolastico, laddove l'iscrizione del minore venga effettuata tardivamente, ne darà immediatamente comunicazione al competente Ufficio comunale, nonché alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni, ove questa risultasse già coinvolta (v. allegato 6). Il dirigente scolastico, inoltre, entro la fine del mese di settembre trasmetterà al competente Ufficio comunale ed alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni un elenco dei nominativi dei minori non ancora iscritti.
- Ipotesi 2:** Per i minorenni ultra-sedicenni in diritto/dovere all'istruzione e alla formazione già segnalati per l'interruzione del percorso scolastico/formativo, il dirigente scolastico informerà la Procura presso il Tribunale per i Minorenni dell'eventuale successiva iscrizione o ripresa del percorso scolastico/formativo, o trasmetterà le informazioni relative ad un eventuale cambio di percorso formativo da parte del minorenne.
- b.** Per i casi di mancato assolvimento del diritto/dovere all'istruzione ed alla formazione dei minorenni ammessi all'istruzione parentale, il dirigente scolastico aggiornerà la Procura presso il Tribunale per i Minorenni di ogni eventuale ulteriore verifica o sviluppo.
- c.** Per i casi di prolungate assenze dalle lezioni o di frequenza discontinua, il dirigente scolastico, comunicherà alla Procura presso il Tribunale per i Minorenni e, per conoscenza, al Distretto sociale competente l'eventuale ripresa della frequenza delle lezioni da parte del minorenne, specificando se essa sia regolare o meno, o attesterà la mancata ripresa, ossia l'abbandono scolastico (v. allegato 6).

### **Art. 4 - VALIDITÀ E DURATA.**

Il presente protocollo di intesa avrà validità fino ad eventuale revoca.

Le parti firmatarie provvederanno ad attenersi direttamente o tramite i soggetti rispettivamente competenti, a quanto in esso concordato.

Eventuali proposte di modifica dovranno essere valutate da tutte le istituzioni ed enti sottoscrittori e, se condivise, si potrà procedere alla modificazione del protocollo previa convocazione degli stessi sottoscrittori.

Si ritiene, comunque, che uno scambio costante ed una regolare verifica delle procedure e del modus operandi fra istituzioni, enti e servizi dei singoli territori di riferimento all'insegna di un rafforzamento della collaborazione e del lavoro di rete, potranno essere utili.

## **Art. 5 - TRATTAMENTO DEI DATI**

Nell'applicazione del presente protocollo si garantisce il rispetto della normativa vigente (Regolamento-UE 1016/679 e D.lgs. n. 196/2003) in materia di trattamento dei dati personali.

### **ALLEGATI:**

1. fac simile segnalazione mancata iscrizione di minori in obbligo scolastico
2. fac simile segnalazione dell'interruzione del percorso scolastico/formativo da parte di minorenni ultra-sedicenni in diritto/dovere all'istruzione e alla formazione
3. fac simile segnalazione di mancato assolvimento del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione in caso di istruzione parentale
4. fac simile lettera segnalazione di frequenza irregolare o di assenza prolungata
5. fac simile lettera comunicazione Servizio sociale alla scuola
6. fac simile lettera verifica sull'esito degli interventi

Bozen, 24. Mai 2022

Bolzano, 24 maggio 2022

## Unterzeichnende Parteien

## Parti firmatarie

Leitender Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen

Procuratore della Repubblica presso il Tribunale per i Minorenni

Dott.ssa Donatella Sacchi

Firmato digitalmente da:  
SACCHI DONATELLA  
Firmato il 24/05/2022 13:35  
Sede Certificata: 103021-1030400000000  
Valido dal 29/03/2021 al 27/03/2031  
CA di Firma Qualificata per Modello ATe

Landesrätin für Familie, Senioren, Soziales und Wohnbau

Assessora alla Famiglia, agli Anziani, al Sociale e all'Edilizia abitativa

Digital unterschrieben von: Waltraud Deeg  
Datum: 26/05/2022 15:42:47  
Dr. Waltraud Deeg

Präsident des Südtiroler Gemeindenverband Genossenschaft

Presidente del Consorzio dei Comuni della Provincia di Bolzano Società cooperativa

Digital unterschrieben von: SCHATZER ANDREAS  
Datum: 27/05/2022 09:34:54

Dr. Andreas Schatzer

Deutsche Bildungsdirektion

Direzione Istruzione e Formazione tedesca

Dr. Gustav Tschenett  
Digital unterschrieben von: Gustav Tschenett  
Datum: 27/05/2022 11:49:29

Italienische Bildungsdirektion

Direzione Istruzione e Formazione italiana

Dott. Vincenzo Gullotta  
Firmato digitalmente da: VINCENZO GULLOTTA  
Datum: 27/05/2022 12:45:52

Ladinische Bildungs- und Kulturdirektion

Direzione Istruzione, Formazione e Cultura ladina

Firmato digitalmente da: Edith Ploner  
Data: 27/05/2022 15:26:21

Dr. Edith Ploner

Quästor von Bozen

Questore di Bolzano

Dott. Giancarlo Pallini

GIANCARLO PALLINI  
MINISTERO DELL'INTERNO DIPARTIMENTO PS  
14.06.2022 13:30:18 UTC

Landeskommandant der Carabinieri  
RIVOLA RAFFAELE  
ARMA DEI  
CARABINIERI  
19.08.2022  
10:54:20 UTC

Colonnello Raffale Rivola

Comandante Provinciale dell'Arma dei Carabinieri

**ANLAGE 1**  
**VORDRUCK FEHLENDE EINSCHREIBUNG SCHULPFLICHTIGER**  
**MINDERJÄHRIGER**  
**(auf Briefpapier der Schule zu verfassen)**

**An das Gemeindeamt**

\_\_\_\_\_

**Fehlende Einschreibung in die 1. Klasse der Grundschule - Schuljahr \_\_\_\_\_**

Hiermit wird mitgeteilt, dass der/die Schülerin \_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_  
in \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_, Straße \_\_\_\_\_,  
für das Schuljahr \_\_\_\_\_ nicht in die 1. Klasse der Grundschule eingeschrieben ist und kein  
Antrag auf Schulwechsel gestellt wurde.

Sie werden ersucht, die vorgesehenen Ermittlungen durchzuführen, und den/die schreibende Schul-  
führungskraft über die entsprechenden Ergebnisse in Kenntnis zu setzen.

Die im Rahmen der Ermittlungen im Einzugsgebiet erfassten Familien, die der Schulpflicht nicht  
nachkommen, sind der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen unmittelbar zu melden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Schulführungskraft

\_\_\_\_\_

**ANLAGE 2**  
**VORDRUCK ABBRUCH DER SCHULE ODER AUSBILDUNG ÜBER 16-JÄHRIGER**  
**MINDERJÄHRIGER, DIE DEM RECHT AUF BILDUNG UND DER**  
**BILDUNGSPFLICHT UNTERLIEGEN**  
**(auf Briefpapier der Schule zu verfassen)**

**An die Staatsanwaltschaft**  
**beim Jugendgericht Bozen**

**E-Mail** [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oder

**PEC** [civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it)

**Abbruch der Schule oder Ausbildung über 16-jähriger Minderjähriger**

Hiermit wird mitgeteilt, dass der/die Schüler/in \_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_  
in \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_, Straße \_\_\_\_\_,  
den Schulbesuch/die Ausbildung seit \_\_\_\_\_ abgebrochen hat und kein Antrag auf  
Schulwechsel oder Wechsel der Ausbildung gestellt wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Die Schulführungskraft

---

## ANLAGE 3

## beim Jugendgericht Bozen

oder

## Nichterfüllung des Rechts auf Bildung und der Bildungspflicht durch Minderjährige, die zum Elternunterricht zugelassen sind

Die Eltern oder Erziehungsberechtigten \_\_Nachname Name\_\_ und \_\_Nachname Name\_\_,  
wohnhaft in \_\_\_\_\_, Straße \_\_\_\_\_, Tel. Nr. \_\_\_\_\_,  
haben am \_\_\_\_\_ zugunsten des/der Minderjährigen \_\_\_\_\_,  
geb. am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_,  
Straße \_\_\_\_\_, eingeschrieben in der Schule \_\_\_\_\_, Klasse \_\_\_\_\_  
für das Schuljahr \_\_\_\_\_ die Inanspruchnahme von Elternunterricht mitgeteilt.

Hierzu wird Folgendes gemeldet: (kurze Beschreibung zu den festgestellten Unregelmäßigkeiten oder den durchgeführten Überprüfungen, die auf eine Beeinträchtigung des Bildungsrechts schließen lassen, einschließlich die fehlende Einschreibung oder Teilnahme an der Eignungsprüfung)

Mit freundlichen Grüßen

## Die Schulführungskraft

**ANLAGE 4**  
**VORDRUCK UNREGELMÄSSIGER SCHULBESUCH ODER LÄNGERE**  
**ABWESENHEIT**  
**(auf Briefpapier der Schule zu verfassen)**

**An die Staatsanwaltschaft**

**beim Jugendgericht Bozen**

E-Mail [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oder

PEC [civile.procmin.bolzano@giustiziacer.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacer.it)

und z.K.

**An den Sozialsprengel**

\_\_\_\_\_

**Schulpflicht, Recht auf Bildung und Bildungspflicht – Schuljahr \_\_\_\_\_**  
**unregelmäßiger Schulbesuch**

Obwohl die Schule bereits mehrmals mit der Familie in Kontakt getreten ist, besucht der/die Schüler/in \_\_\_\_\_, geb. in \_\_\_\_\_ am \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_, Straße \_\_\_\_\_, eingeschrieben in der Schule \_\_\_\_\_, Klasse \_\_\_\_\_:

- ☐ den Unterricht seit \_\_\_\_\_ nicht
- ☐ den Unterricht unregelmäßig und hat an folgenden Tagen gefehlt: \_\_\_\_\_

Mögliche Gründe für die Abwesenheit entsprechend der Fakten, die der Schule bekannt sind:

\_\_\_\_\_

Es erfolgt somit eine Meldung aus den im Betreff genannten Gründen, wobei folgende Informationen angeführt werden:

- die Anzahl der Abwesenheiten im Verhältnis zu den besuchten Unterrichtstagen:  
Anzahl der besuchten Unterrichtstage: \_\_\_\_\_  
Abwesenheiten (Tage): \_\_\_\_\_
- die Namen der Eltern oder Erziehungsberechtigten:   Nachname Name   und   Nachname Name

- die Adresse der Familie: \_\_\_\_\_
- die Tel. Nr. der Familie: \_\_\_\_\_

Mit freundlichen Grüßen

Die Schulführungskraft

---

**ANLAGE 5**  
**VORDRUCK MITTEILUNG SOZIALDIENST AN DIE SCHULE**  
**(auf Briefpapier des Sozialdienstes zu verfassen)**

**An die Schulführungskraft der Schule**

\_\_\_\_\_

**Ihre Meldung des Schülers/der Schülerin \_\_\_\_\_, geb. am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_, wohnhaft in \_\_\_\_\_, Straße \_\_\_\_\_, eingeschrieben in der Schule \_\_\_\_\_, Klasse \_\_\_\_\_**

In Bezug auf Ihre Meldung vom \_\_\_\_\_ wird mitgeteilt, dass der schreibende Sozialsprengel im Auftrag der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen mit der Abklärung und Begleitung der Familiensituation des/der obgenannten Minderjährigen beauftragt wurde.

Die zuständige Ansprechperson im Sozialsprengel ist: \_\_\_\_\_.

Mit freundlichen Grüßen

Der/Die Sprengelleiter/in

\_\_\_\_\_

**ANLAGE 6**  
**VORDRUCK ÜBERPRÜFUNG DER ERGEBNISSE DER ERGRIFFFENEN**  
**MASSNAHMEN**  
**(auf Briefpapier der Schule zu verfassen)**

**An die Staatsanwaltschaft**  
**beim Jugendgericht Bozen**

E-Mail [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oder

PEC [civile.procmin.bolzano@giustiziacer.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacer.it)

und z.K.

**An das Gemeindeamt** (Achtung: Mitteilung nur bei verspäteter Einschreibung laut Art. 3 Buchstabe a) Möglichkeit 1 z.K. an das zuständige Gemeindeamt schicken)

\_\_\_\_\_

und z.K.

**An den Sozialsprengel** (Achtung: Mitteilung nur bei regelmäßiger oder unregelmäßiger Wiederaufnahme des Schulbesuches oder Abbruch des Schulbesuchs laut Art. 3 Buchstabe c) z.K. an den zuständigen Sozialsprengel schicken)

\_\_\_\_\_

**Schulpflicht, Recht auf Bildung und Bildungspflicht - Überprüfung der Ergebnisse der ergrif-**  
**fenen Maßnahmen**

Hiermit wird mitgeteilt, dass der/die Schüler/in \_\_\_\_\_, geb. in \_\_\_\_\_  
am \_\_\_\_\_, der/die am \_\_\_\_\_ aufgrund \_\_\_\_\_  
gemeldet wurde,

- ☐ am \_\_\_\_\_ in die Klasse \_\_\_\_\_ eingeschrieben wurde
- ☐ den Unterricht wieder regelmäßig besucht
- ☐ den Unterricht wieder besucht, aber in unregelmäßiger Form
- ☐ den Schulbesuch abgebrochen hat

Mit freundlichen Grüßen

Die Schulführungskraft

\_\_\_\_\_

**ALLEGATO 1**  
**FAC SIMILE LETTERA MANCATA ISCRIZIONE DI MINORI IN OBBLIGO**  
**SCOLASTICO**  
**(da redigere su carta intestata della scuola)**

**All'Ufficio comunale**

\_\_\_\_\_

**Mancata iscrizione alla 1<sup>a</sup> classe della scuola primaria - anno scolastico \_\_\_\_\_**

Con la presente si comunica che l'alunno/a \_\_\_\_\_, nato/a il \_\_\_\_\_  
a \_\_\_\_\_, con residenza a \_\_\_\_\_, Via \_\_\_\_\_, non ri-  
sulta iscritto/a alla 1<sup>a</sup> classe della scuola primaria per l'anno scolastico \_\_\_\_\_, né  
risulta alcuna richiesta di trasferimento in altra scuola.

Si chiede di voler provvedere agli accertamenti di rito, informando il/la sottoscritto/a in ordine agli  
esiti.

Se in esito agli accertamenti dovessero risultare famiglie presenti sul territorio, ma inadempienti in  
ordine all'obbligo scolastico, queste devono essere sollecitamente segnalate alla Procura presso il  
Tribunale per i Minorenni di Bolzano.

Distinti saluti

Il/La dirigente scolastico/a

\_\_\_\_\_

**ALLEGATO 2**  
**FAC SIMILE LETTERA INTERRUZIONE DEL PERCORSO**  
**SCOLASTICO/FORMATIVO DA PARTE DI MINORENNI ULTRA-SEDICENNI IN**  
**DIRITTO/DOVERE ALL'ISTRUZIONE E ALLA FORMAZIONE**  
**(da redigere su carta intestata della scuola)**

**Alla Procura della Repubblica**

**presso il Tribunale per i Minorenni di Bolzano**

**E-MAIL** [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oppure

**PEC** [civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it)

**Interruzione del percorso scolastico/formativo da parte di minorenni ultra-sedicenni**

Con la presente si comunica che lo/la studente \_\_\_\_\_, nato/a il \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_, con residenza a \_\_\_\_\_, Via \_\_\_\_\_, ha abbandonato il percorso scolastico/formativo a dar data dal \_\_\_\_\_ e non risulta alcuna richiesta di trasferimento ad altra scuola/formazione.

Distinti saluti

Il/La dirigente scolastico/a

\_\_\_\_\_

**ALLEGATO 3**  
**FAC SIMILE LETTERA MANCATO ASSOLVIMENTO DEL DIRITTO/DOVERE**  
**ALL'ISTRUZIONE E ALLA FORMAZIONE IN CASO DI ISTRUZIONE PARENTALE**  
**(da redigere su carta intestata della scuola)**

**Alla Procura della Repubblica**

**presso il Tribunale per i Minorenni di Bolzano**

**E-MAIL** [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oppure

**PEC** [civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it)

**Mancato assolvimento del diritto/dovere all'istruzione e alla formazione per minorenni ammessi all'istruzione parentale**

A favore del minore \_\_\_\_\_, nato/a il \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_,  
con residenza a \_\_\_\_\_, Via \_\_\_\_\_, già iscritto presso la scuola  
\_\_\_\_\_, classe \_\_\_\_\_, i genitori o gli esercenti la responsabilità genitoriale \_\_cognome  
nome\_\_ e \_\_cognome nome\_\_, residenti a \_\_\_\_\_, Via \_\_\_\_\_,  
con i seguenti recapiti telefonici \_\_\_\_\_, hanno presentato in data \_\_\_\_\_ comunica-  
zione di istruzione parentale per l'anno scolastico \_\_\_\_\_.

Al riguardo si segnala che: *(breve descrizione delle irregolarità rilevate o delle verifiche effettuate, e dei motivi per i quali si ritiene che il diritto allo studio possa essere compromesso, compresa l'eventuale ipotesi della mancata iscrizione o presentazione all'esame di idoneità)*

Distinti saluti

Il/La dirigente scolastico/a

---

**ALLEGATO 4**  
**FAC SIMILE LETTERA FREQUENZA IRREGOLARE O ASSENZA PROLUNGATA**  
**(da redigere su carta intestata della scuola)**

**Alla Procura della Repubblica**

**presso il Tribunale per i Minorenni di Bolzano**

**E-MAIL** [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oppure

**PEC** [civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it)

e p.c.

**Al Distretto sociale**

\_\_\_\_\_

**Obbligo scolastico, diritto/dovere all'istruzione e alla formazione - anno scolastico \_\_\_\_\_**  
**segnalazione frequenza irregolare**

Nonostante la scuola abbia più volte contattato la famiglia, l'alunno/a \_\_\_\_\_,  
nato/a il \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_, con residenza a \_\_\_\_\_, Via  
\_\_\_\_\_, iscritto presso la scuola \_\_\_\_\_, classe \_\_\_\_\_:

- ☐ non ha più ripreso la frequenza delle lezioni a partire dal \_\_\_\_\_
- ☐ ha frequentato le lezioni in modo discontinuo; e precisamente è stato assente nei giorni:

\_\_\_\_\_

Presumibile motivazione dell'assenza rispetto ai fatti di cui la scuola è al corrente:

\_\_\_\_\_

Pertanto, si procede alla segnalazione in oggetto, specificando:

- il numero di assenze effettuate rispetto ai giorni frequenza:  
Frequenza gg. \_\_\_\_\_  
Assenza gg. \_\_\_\_\_
- i nominativi dei genitori o gli esercenti la responsabilità genitoriale: \_\_cognome nome\_\_ e  
\_\_cognome nome\_\_
- l'indirizzo familiare: \_\_\_\_\_

- i recapiti telefonici della famiglia: \_\_\_\_\_

Distinti saluti

Il/La dirigente scolastico/a

\_\_\_\_\_

**ALLEGATO 5**  
**FAC SIMILE LETTERA COMUNICAZIONE SERVIZIO SOCIALE ALLA SCUOLA**  
**(da redigere su carta intestata del Servizio sociale)**

**Al/Alla dirigente scolastico/a della scuola**

\_\_\_\_\_

**Sua segnalazione dell'alluno/a \_\_\_\_\_, nato/a \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_,**  
**con residenza a \_\_\_\_\_, Via \_\_\_\_\_, iscritto presso la scuola**  
**\_\_\_\_\_, classe \_\_\_\_\_**

In riferimento alla Sua segnalazione del \_\_\_\_\_ si comunica, che il ns Distretto sociale  
è stato incaricato da parte della Procura presso il Tribunale per i Minorenni con l'indagine e la presa  
in carico della situazione familiare del/la minorenni sopracitato/a.

La persona di riferimento all'interno del Distretto sociale è: \_\_\_\_\_.

Distinti saluti

Il/La responsabile del Distretto sociale

\_\_\_\_\_

**ALLEGATO 6**  
**FAC SIMILE LETTERA VERIFICA SULL'ESITO DEGLI INTERVENTI**  
**(da redigere su carta intestata della scuola)**

**Alla Procura della Repubblica**

**presso il Tribunale per i Minorenni di Bolzano**

**E-MAIL** [affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it](mailto:affaricivili.procmin.bolzano@giustizia.it)

oppure

**PEC** [civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it](mailto:civile.procmin.bolzano@giustiziacert.it)

e p.c.

**All'Ufficio comunale** (Attenzione: da inviare p.c. al competente Ufficio comunale solo in caso di iscrizione tardiva ai sensi dell'art. 3, lettera a), ipotesi 1)

\_\_\_\_\_

e p.c.

**Al Distretto sociale** (Attenzione: da inviare p.c. al competente Distretto sociale solo in caso di ripresa regolare o irregolare della frequenza scolastica oppure in caso di abbandono scolastico ai sensi dell'art. 3, lettera c)

\_\_\_\_\_

**Obbligo scolastico, diritto/dovere all'istruzione e alla formazione - verifica sull'esito degli interventi**

Con la presente si comunica che l'alunno/a \_\_\_\_\_, nato/a il \_\_\_\_\_ a \_\_\_\_\_, già segnalato in data \_\_\_\_\_, per \_\_\_\_\_:

- ☐ è stato iscritto in data \_\_\_\_\_ alla \_\_\_\_\_ classe
- ☐ ha ripreso la frequenza regolare
- ☐ ha ripreso la frequenza, ma in maniera irregolare
- ☐ non ha ripreso la frequenza

Distinti saluti

Il/La dirigente scolastico/a

\_\_\_\_\_